

Die Grünen
Ortsverband und Fraktion im Rat der Stadt Gütersloh
Hohenzollernstr.22
4830 Gütersloh 1

21.3.85

An die Lokalredaktion der Zeitung
Neue Westfälische
Westfalenblatt
Die Glocke

4830 Gütersloh

Betr.: Offener Brief der Friedensinitiative Gütersloh an den
Herrn Bundespräsidenten v. Weizsäcker

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bitten wir Sie, die in der Anlage beigefügte Solidaritätserklärung zu dem o.a. offenen Brief in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen!

Offener Brief der Friedensinitiative an den Bundespräsidenten
(NW / Westfalenblatt / Die Glocke vom 20.3.85)

Wir, die Grünen in Gütersloh, begrüßen den offenen Brief der Gütersloher Friedensinitiative an den Bundespräsidenten anlässlich seines Besuches des Gütersloher Flughafens. Wir erklären uns mit diesem Brief ausdrücklich solidarisch. Wie die Friedensinitiative sind auch wir besorgt über das Ausmaß der Bedrohung, die von diesem Flughafen ausgeht, in Krisenzeiten und in "Friedenszeiten". Als Gütersloher können wir diesen Flughafen nicht als "unseren Flughafen" akzeptieren. Er dient nicht der Sicherheit unserer Bevölkerung, in Krisenzeiten nicht und jetzt auch nicht. "Die Bomben fallen jetzt" ist ein Slogan der amerikanischen Friedensbewegung. Er gilt auch für uns in Gütersloh:

Die Bomben fallen jetzt:

- als immer häufigere Lärmereignisse mit gesundheitsgefährdendem Schallpegel
- als Umweltkatastrophen, wie z.B. dem Hydraulikölunfall im letzten Sommer
- als konkrete Lebensbedrohung für viele Menschen, wie der Absturz zweier Militärmaschinen vor γ wenigen Wochen gezeigt hat.

als wahnwitzige Ausgabenflut, die dem sozialen Sektor die ~~Aus~~ materiellen Grundlagen entzieht: auch in Gütersloh werden immer mehr Menschen ärmer.

Die Friedensinitiative hätte ihren Brief, in dem sich die Sorgen vieler Gütersloher Bürger ausdrücken, dem Bundespräsidenten gern ~~selber~~ persönlich übergeben.

Wir haben versucht, beim Bundespräsidialamt diese Möglichkeit der persönlichen Übergabe zu erreichen. Doch das für diesen Besuch schon abgestimmte Protokoll ließ diese Möglichkeit nicht zu.

Protokollarische Rücksichtnahme gilt in diesem unseren Land also noch immer mehr, als die um ihr Leben und die Zukunft dieser Welt besorgten Bürger...